

Gegenstand: **Graffitiflächen für Jugendliche;**
 Prüfantrag der Stadtratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SWG vom
 27.11.2023
 [Vorlage: 1750/2023](#)

Die Vorsitzende fragt die antragstellenden Fraktionen, ob sie etwas zum vorliegenden Antrag sagen möchten.

Holger Grimm (CDU) erläutert die Idee, Jugendlichen im öffentlichen Raum legale Graffitiflächen zur Verfügung zu stellen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Kunst in auszuleben und so die Stadt mitzugestalten. Ziel wäre es, alle so entstehenden Werke auf der Internetseite www.wandkunst-speyer.de zu bündeln, um sie so auch bewusst auffinden zu können.

Bürgermeisterin Kabs informiert, dass der Fachbereich 3 dieses Projekt wohlwollend begleitet, jedoch nicht für die Auswahl bzw. zur Verfügung Stellung von Flächen zuständig ist. Hier ist der Fachbereich 5 bereits dabei, entsprechende Flächen zu identifizieren. Diese müssen sowohl von der Verkehrssituation her geeignet sein als auch langfristig bestehen bleiben und gesäubert werden können.

Maria Franz (SWG) schlägt vor, auch Straßen zu berücksichtigen, wie es in anderen Städten bereits der Fall ist.

Petra Fischer-Wolfert (Bündnis90/Die Grünen) fragt an, ob der Jugendstadtrat bei den Gesprächen zwischen den beiden Fachbereichen teilnimmt.

Die Vorsitzende sichert zu, dass die Verwaltung auf den Jugendstadtrat zukommen und ihn beteiligen wird.

Da die Entscheidung vom Fachbereich 5 getroffen wird, wird das Thema in einem der nächsten Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion aufgegriffen werden.

Gegenstand: **Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebührenerhebung der Musikschule der Stadt Speyer sowie die Anpassung der Honorare für die Lehrkräfte der Musikschule**
[Vorlage: 1885/2024](#)

Die Vorsitzende begrüßt den Leiter der städtischen Musikschule, Bernhard Sperrfechter, und übergibt das Wort an ihn.

Bernhard Sperrfechter erläutert, dass es sich bei der vorliegenden Erhöhung der Honorare und Gebühren, um eine Anpassung im normalen Rahmen handelt.

Die Honorare der Lehrkräfte werden in der Honorarstufe 1 um 3,5% und in Honorarstufe 3 um 2,98% erhöht. Dabei handelt es sich um das Honorar für eine Monatsstunde, was bedeutet, dass die Lehrkräfte pro geleisteter Unterrichtsstunde knapp 25 Euro (Honorarstufe 1) erhalten.

Bürgermeisterin Kabs ergänzt, dass es sich um die fortlaufende moderate Anpassung handelt, die der Stadtrat in seiner Sitzung vom 12.05.2016 im Rahmenplan für die Entwicklung der Gebühren und Honorare der städtischen Musikschule beschlossen hat.

Petra Fischer-Wolfert (Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, wie das Verhältnis zwischen Honorarkräften und Festangestellten aktuell ist.

Bernhard Sperrfechter berichtet, dass an der Musikschule 52 Honorarkräfte sowie 8 Festangestellte, verteilt auf 5 Vollzeitstellen, tätig sind.

Holger Grimm (CDU) fragt nach, ob es Probleme mit der Scheinselbstständigkeit von Musikschullehrer*innen gibt.

Monika Kabs berichtet, dass es diesbezüglich ein Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) gibt und seitens der Verwaltung gerade intensiv geprüft und im Anschluss auch umgesetzt wird.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der Verwaltungsvorlage einstimmig zu und empfiehlt dem Stadtrat die entsprechende Beschlussfassung.

Gegenstand: Verlegung von Stolpersteinen
[Vorlage: 1893/2024](#)

Die Vorsitzende berichtet, dass es bereits 15 vom Ausschuss zur Verlegung genehmigte Stolpersteine gibt und drei Stolpersteine für die Familie Roos entsprechend der Vorlage zusätzlich genehmigt werden sollen. Familie Roos ist eine der ältesten jüdischen Familien in Speyer, ihr gehörte die bekannte Schuhfabrik Rovo.

Weiterhin erzählt Bürgermeisterin Kabs, dass sich Jonathan Rose mit seiner Familiengeschichte aktiv an die Stadt und die Initiative Stolpersteine gewandt hat und sie ihn im Februar dieses Jahres selbst empfangen hat. Da ihm sehr an der Verlegung gelegen ist und er selbst bereits sehr betagt ist, sollen die Stolpersteine für drei Mitglieder der Familie Roos bereits in diesem Herbst verlegt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der Verwaltungsvorlage einstimmig zu.

Gegenstand: Gedenktafel "Bücherverbrennung in Speyer 1933"
[Vorlage: 1886/2024](#)

Die Vorsitzende berichtet, dass die Gedenktafel auf Anregung von Herrn Bunjes vom Literarischen Verein der Pfalz – Sektion Speyer erarbeitet wurde und verweist auf den vorliegenden Gestaltungsentwurf.

Ute Wurst (SPD) äußert sich erfreut über die Initiative für eine solche Gedenktafel und erzählt von einem Vortrag zu diesem Thema in der LABI im vergangenen Jahr, bei dem erwähnt wurde, dass auch 450 Autorinnen auf der Liste der verbotenen Bücher standen, welche meist namenlos bleiben. Sie merkt an, dass auf dem vorliegenden Entwurf ebenfalls nur Autoren genannt werden und erinnert bspw. auf Bertha von Suttner, Else Lasker-Schüler und Rosa Luxemburg. Ferner regt sie an, zu Spenden aufzurufen, um das Thema zusätzlich zur Gedenktafel auch künstlerisch aufzugreifen. Als Beispiel nennt sie Bonn, wo ähnlich der Stolpersteine die Rückseiten von Büchern in den Boden eingelassen.

Bürgermeisterin Monika Kabs sagt, dass das Schild ein erster Schritt sei, den sie auf jeden Fall umsetzen möchte. Über weitere Ideen könne künftig immer noch beraten werden.

Dr. Christiane Pfanz-Sponagel, Leiterin Kulturelles Erbe / Stadtarchiv, erläutert, dass der QR-Code auf der Gedenktafel auf eine ausführlichere Internetseite führen soll, auf der auch bereits eine konkrete künstlerische Darstellung in Form einer hochwertigen Fotomontage von Peter Haag-Kirchner umgesetzt werden soll.

Bruno Brommer (FDP) stimmt zu, dass die Gedenktafel ein guter Start ist, warnt jedoch vor Namenslisten, weil diese immer unvollständig seien.

Helmut Stickl (Bündnis 90/Die Grünen) rät dazu, den Text auf der Tafel eher allgemein zu halten und ausführlichere ergänzende Informationen im Internet bereit zu stellen. Weiterhin würde er sich eine ansprechendere Gestaltung der Tafel wünschen.

Bürgermeisterin Kabs sichert abschließend zu, dass die Verwaltung die Tafel noch um einige Autorinnennamen ergänzen wird, um die Frauen ebenfalls sichtbar zu machen.

Gegenstand: Anpassung der Nutzungsentgelte für die Stadthalle (Saalmiete)
[Vorlage: 1887/2024](#)

Die Vorsitzende erläutert, dass wie alles auch die Stadthalle von den steigenden Kosten im Unterhalt, der Bewirtschaftung sowie der Pflege betroffen ist und wie in allen Bereichen der Verwaltung auch hier der Auftrag besteht, die Einnahmen zu erhöhen.

Maria Franz (SWG) äußert im Hinblick auf die vorliegenden Vorschläge zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades, dass es in jedem Fall ein Verlustgeschäft bleibt und fragt an, ob es möglich wäre eine Betreibergesellschaft auf die Halle zu setzen (1). Darüber hinaus möchte sie wissen, ob die Halle Schulen nach wie vor kostenfrei zur Verfügung steht (2) und ob in Anbetracht der geringen Belegung eine Möglichkeit besteht, die Belegungszahlen zu erhöhen, z.B. auch über eine Betreibergesellschaft (3).

Bürgermeisterin Kabs antwortet darauf, dass die Frage einer Betreibergesellschaft von der Verwaltung bei den mittel- bis langfristigen Überlegungen natürlich bedacht werde, dies jedoch zahlreiche Prüfungen erfordere und deshalb Zeit brauche, weshalb es aktuell nur um eine Mietpreiserhöhung im Rahmen der bestehenden Organisationsform gehe (1 + 3). Sie betont, dass Schulen die Stadthalle nach wie vor selbstverständlich kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen. (2).

Martina Queisser (SPD) ergänzt, dass die kostenfreie Nutzung durch Schulen auf einen Stadtratsbeschluss zurückgeht und daher außer Frage steht.

Petra Fischer-Wolfert (Bündnis 90/Die Grünen) betont, dass es sich aufgrund der eben angesprochenen sozialen Komponente bei einer Betreibergesellschaft nur um eine Stadtochter handeln könne (1). Zudem fragt sie an, ob eine Preisgestaltung wie in Germersheim nicht eine bessere Lösung wäre, bei der die Staffelung nach Art der Veranstaltung erfolgt (2).

Bürgermeisterin Kabs antwortet, dass es bei einer solchen Entscheidung natürlich wichtig wäre, dass die Stadt Einfluss behält (1).

Auf das Preismodell aus Germersheim antwortet Anke Illg, Leiterin des Kulturbüros, dass eine solche Staffelung die Abrechnung ungemein verkompliziert und dass es bereits bei der Einordnung einer Veranstaltung in diese Kategorien zu Schwierigkeiten kommen kann (2).

Henri Franck (SPD) äußert, dass das Speyerer Preismodell augenscheinlich ja gut funktioniere, unterstreicht aber auch, dass immer wieder alle Optionen geprüft und zu optimieren versucht werden müssen.

Nadia Hattab (CDU) spricht sich für eine Rücksichtnahme auf die zahlreichen Vereine aus, die aufgrund steigender Kosten, abnehmendem ehrenamtlichem Engagement und höherer Auflagen ohnehin schon Schwierigkeiten haben überhaupt noch Veranstaltungen durchzuführen.

Sie hält die letzten drei Vorschläge zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades [Anm.: nur 25% Rabatt für Vereine] daher nicht für vertretbar.

Bürgermeisterin Monika Kabs spricht in diesem Sinne von einer moderaten Anpassung.

Maria Franz (SWG) hakt noch einmal nach, ob eine Erhöhung der Belegungszahlen nicht eine Alternative zur Erhöhung der Mietpreise sei.

Anke Illg erläutert, dass mit dem vorhandenen Personal eine Erhöhung der Belegungszahlen nicht möglich ist. In der Stadthalle arbeiten 2 Hausverwalter, die sich die komplette Belegungszeit aufteilen, was bspw. bei lange dauernden Veranstaltungen oder Messen mit Auf- und Abbauzeiten bereits dazu führt, dass sie das eigentlich nicht abdecken können. Für eine Erhöhung der Belegung wäre demnach eine Aufstockung des Personals erforderlich, die wiederum mit Höheren Kosten verbunden ist.

Der Ausschuss ist sich einig, dass die Vorschläge zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades Nummer 4 bis 6 auf keinen Fall in Frage kommen. Die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD sprechen sich dafür aus, dass der Haupt- und Stiftungsausschuss nur über die Vorschläge Nummer 1 und 2 berät.

Gegenstand: Verteilung der Kulturfördermittel 2024 - 2
[Vorlage: 1888/2024](#)

Die Vorsitzende erinnert daran, dass in der letzten Sitzung des Kulturausschusses nicht alle Kulturfördermittel vergeben wurden, weshalb die Verwaltung zu einer zweiten Förderrunde aufgefordert hat.

Für die Basisförderung sind vier weitere Anträge eingegangen, die zu einer Ausschüttung von 1.200 Euro führen.

Für die Projektförderung sind acht weitere Anträge eingegangen. Einer davon musste von der Verwaltung abgelehnt werden, da er entgegen der Kulturförderrichtlinien keine eigene Leistung in angemessenem Umfang enthält, für die verbliebenen Anträge empfiehlt die Verwaltung die vorliegende Verteilung. Die Kulturfördermittel 2024 sind damit in voller Höhe ausgeschöpft.

Beschluss:

Der Kulturausschuss stimmt der Vorlage der Verwaltung einstimmig zu und empfiehlt die anteilige Verteilung der Basis- und Projektfördermittel im Jahr 2024 in Höhe der noch zur Verfügung stehenden 8.600 Euro.

Gegenstand: **Aktualisierung der Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung des kulturellen Lebens der Stadt Speyer**
[Vorlage: 1889/2024](#)

Die Vorsitzende übergibt das Wort an Anke Illg, Leiterin des Kulturbüros. Diese erinnert daran, dass bei der Einführung der neuen Kulturförderrichtlinien im Jahr 2020 vereinbart wurde, dass nach etwa zwei Jahren Erprobung nochmals über die Entwicklung sowie mögliche Optimierungserfordernisse gesprochen wird. Da aufgrund der Corona-Pandemie in den ersten beiden Jahren die Fördermaßnahmen nicht wie in den Richtlinien vorgesehen durchgeführt werden konnte, hat diese Betrachtung erst jetzt stattgefunden. Im Großen und Ganzen kommt das zweisäulige Fördermodell gut an, dennoch hat sich in der Praxis gezeigt, dass kleine Modifikationen erforderlich sind, um das Verfahren noch transparenter und effizienter sowie in sich konsistenter zu gestalten.

Holger Grimm (CDU) bittet um Erläuterung der Punkte 4.4 c) und 5.9 a).

Anke Illg erläutert, dass mit Punkt 4.4 c) der bisher generelle Ausschluss von Fördervereinen revidiert wird. Sofern sie eigene Projekte realisieren und nicht nur andere bei der Umsetzung ihrer Vorhaben unterstützen, sind sie künftig förderfähig. Weiterhin führt Illg aus, dass Punkt 5.9 a) zuletzt nur bei der Basisförderung erwähnt war, eine Doppelförderung jedoch grundsätzlich ausgeschlossen ist, weshalb er auch bei dieser ergänzt wurde.

Beschluss:

Der Kulturausschuss stimmt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen der Kulturförderrichtlinien einstimmig zu. Sie treten mit sofortiger Wirkung in Kraft und sind Grundlage für die Ermittlung und Verteilung der Zuschüsse ab dem Jahr 2025.

Gegenstand: Aktualisierung der Vergaberichtlinien der Hans-Purmann-Preise der Stadt Speyer für Bildende Kunst
[Vorlage: 1890/2024](#)

Die Vorsitzende berichtet, dass die letzte Anpassung der Vergaberichtlinien zwar erst im Jahr 2022 stattgefunden hat, sich bei der Vergabe der Hans-Purmann-Preise 2023 jedoch gezeigt hat, dass weitere Modifikationen erforderlich sind.

Da die Änderungen im vorliegenden Vergleich nicht auf den ersten Blick ersichtlich waren, erläutert die Organisatorin der Hans-Purmann-Preise, Anke Illg, dass die beiden Änderungen darauf abzielen, die Preise zukunftsfähig zu machen. Zum einen, indem die Zusammensetzung der Jury flexibler und nachwuchsfördernd gestaltet ist und zum anderen durch die Digitalisierung des bisher noch sehr manuellen, arbeitsintensiven Bewerbungsverfahrens.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die vorgeschlagene Aktualisierung einstimmig.

11. Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Speyer am 24.04.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: **Jahresprogramm der Städtischen Galerie im Kulturhof Flachsgasse 2025**
[Vorlage: 1891/2024](#)

Die Vorsitzende stellt das vom Künstlerischen Leiter der Städtischen Galerie, Franz Dudenhöffer, geplante Ausstellungsprogramm für 2025 vor und betont insbesondere die hochkarätigen Ausstellungen großer Künstler wie Thomas Duttenhoefer.

Der Kulturausschuss nimmt dies zustimmend zur Kenntnis.

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Leiterin des Kulturbüros berichtet vom Erfolg der 9. Auflage der literarischen Reihe SPEY-ER.LIT. 3 von insgesamt 7 Veranstaltungen waren nahezu ausverkauft und haben somit maßgeblich dazu beigetragen, dass die beliebte Reihe in der abgelaufenen Saison erstmals fast ausgeglichen abgeschlossen werden konnte.

Weiterhin verweist sie auf die zweite Ausgabe des alle vier Monate erscheinenden Veranstaltungsprogramms sowie auf den Flyer zur im Mai anstehenden „Woche der Militärmusik“, welche sie beide vor der Ausschusssitzung ausgeteilt hat.

Bürgermeisterin Monika Kabs erinnert an die Kult(o)urnacht, die aufgrund des EM-Eröffnungsspiels mit deutscher Beteiligung auf den 21. Juni verschoben wurde. Schließlich lädt sie die Ausschussmitglieder im Anschluss an die Sitzung, um 18.30 Uhr, in die Maximilianstraße 99 zum Vortrag über Sophie von La Roche ein.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dankt Bürgermeisterin Kabs den Ausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit in der ablaufenden Wahlperiode und schließt die Sitzung.

11. Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Speyer am 24.04.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr.

Gegenstand:

Monika Kabs

11. Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Speyer am 24.04.2024

11. Sitzung des Kulturausschusses 24.04.2024 **Monika Kabs**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!